



BEGINN DER FUSSBALLBUNDESLIGA-SAISON 2016/2017

GdP für friedlichen Fußball

Die Europameisterschaft in Frankreich hat erneut gezeigt, welche enormen Herausforderungen der moderne Fußball für die Polizei in ganz Europa bedeutet. Randalierende Hooligans aus allen europäischen Ländern liefern sich wüste Straßenschlachten und verletzen sich und andere Menschen schwer. Eine Gruppe deutscher Hooligans und Rechtsextremer griff in Lille gezielt Menschen an. Auch die extremen Ausschreitungen russischer und englischer Hooligans zu Beginn der EM waren erschreckend und besorgniserregend.

Diesen kampferfahrenen Gewalttätern, die durch Europa zogen und Gewalt ausübten, stellten sich Polizistinnen und Polizisten entschlossen entgegen. Die deutsche Polizei unterstützte die französischen Kollegen nicht nur personell, sondern auch durch Maßnahmen wie Gefährdungsansprachen, Meldeauflagen und Ingewahrsamnahmen deutscher Gewalttäter. Polizeiliche Maßnahmen vor, während und nach einem Fußballspiel sind also mittlerweile zwingend erforderlich, um der steigenden Gewalt bei Fußballspielen in allen Ligen und Turnieren Einhalt zu gebieten.

Saisonstart im August

Am 26. August beginnt die neue Fußballbundesliga-Saison 2016/2017 durch das Auftaktspiel Bayern München gegen Werder Bremen. Für die Polizei Bremen begannen die Vorbereitungen schon weitaus früher. Was uns Polizisten diese Saison erwartet, ist nur teilweise absehbar. Gefährliche Einsatzsituationen, lange Dienstzeiten, wenig Erholungsphasen, Stress, Anspannung, teilweise veraltete Schutzausrüstung und vieles mehr. Woher wir das wissen? Ein Blick in die letzten Jahre offenbart

eine zunehmend negative Entwicklung in diesem Bereich. Der Einsatzaufwand war in der Saison 2015/2016 deutlich höher als zuvor. Vor allem drei Risikospiele und der Aufstieg der 2. Werder-Elf in die 3. Liga haben zu einem erhöhten Aufwand geführt. Die Zahl der gefertigten Strafanzeigen ist ebenfalls gestiegen.

Politische Fußballszene in Bremen

Mit Sorge beobachtet die GdP Bremen auch die Auseinandersetzungen rechter und linker Gruppierungen in Bremen. Zuletzt verurteilte das Landgericht zwei Bremer zu Haftstrafen von zwei Jahren und einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung. Am Rande des Nordderbys im April 2015 kam es zu Ausschreitungen im Umfeld einer Fußballkneipe, die Angeklagten waren an diesen Auseinandersetzungen beteiligt. Auch die Bremische Bürgerschaft beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Fußball. Eine Reihe an politischen Anfragen, wie z. B. „Polizeiliche Konzepte und (politische) Auseinandersetzungen bei Fußballspielen – Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Drnsr.: 19/122“ wurden in der letzten Saison eingereicht und debattiert. Und inmitten dieser politischen Auseinandersetzungen stehen immer wieder Polizistinnen und Polizisten.

Um den Entwicklungen des Fußballs und der Gewaltkriminalität entschlossen entgegenzutreten, wird viel Aufwand betrieben. So ist mittlerweile auch für unsere Kriminalbeamten

die Zweitfunktion in der Sonderlage eine enorme zusätzliche Belastung, die Verkehrsmaßnahmen rund um ein Spiel in Bremen binden unsere Kradfahrer und die Bereitschaftspolizei, und die Einsatzplaner fordern immer mehr Kräfte aus dem Bundesgebiet an, um die Belastungen in den Griff zu bekommen.

Bereitschaftspolizei im Fokus

Die Entwicklung der Belastung der Bereitschaftspolizisten ist erschreckend. Das Aufgabenspektrum wurde erheblich erweitert, die Anzahl der länderübergreifenden Einsätze hat sich mehr als verdreifacht, die Perso-

Bundesweite Einsatzstärke	Jahr	Anzahl der länderübergreifenden Einsätze:
16.405	2005	89
16.405	2006	90
16.411	2007	110
16.411	2008	127
16.423	2009	160
16.387	2010	122
15.935	2011	132
15.935	2012	113
15.733	2013	110
15.983	2014	143

Das Aufgabenspektrum wurde erheblich erweitert, die Anzahl der länderübergreifenden Einsätze hat sich mehr als verdreifacht, die Personalstärke hingegen ist gesunken!

nalstärke hingegen ist gesunken! Die Bremer Kräfte werden aber mittlerweile zunehmend in Bremen gehalten, da die Sicherheitslage dies erforderlich macht und Unterstützung aus den anderen Bundesländern mehr und mehr schwindet. Jede Landespolizei ist vielfach auf sich gestellt, denn es gilt nach wie vor in Deutschland:

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Polizei ist Ländersache. In unserem aktualisierten Positionspapier Operative Bereitschaftspolizei und unserem Strategiepapier Einsatzeinheiten beschäftigten sich GdP-Mitglieder auch mit dem Umstand, dass die Bereitschaftspolizei zur „Wochenendpolizei“ wird.

Zudem erfolgt während der Woche eine ständige Verschiebung der Dienstzeiten aus aktuellen Anlässen, sodass in der Bereitschaftspolizei von einer Planbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf mittlerweile absolut keine Rede mehr sein kann. Die Kolleginnen/Kollegen fühlen sich teilweise verheizt und im Stich gelassen.

TERMIN

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2016, Landesjournal Bremen, ist der **3. August 2016**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Zwölf Positionen der GdP für friedlichen Fußball

Wir haben im vergangenen Jahr unser Positionspapier an die realen Entwicklungen angepasst und erweitert. Auch in unseren Workshops mit dem SV Werder Bremen haben wir uns den Entwicklungen gestellt und über neue kreative Lösungsansätze gesprochen. Unsere Aktivitäten in diesem Bereich sind für Vereine, Parteien, Fraktionen, die Presse und unseren Behörden von besonderem Interesse. Unsere GdP ist ein kompetenter Ansprechpartner in diesem Themenfeld.

Auszug aus dem Positionspapier:

- Um jugendliche Gewalttäter aus dem Fußballbereich frühzeitig die Grenzen aufzuzeigen, müssen auch die Straftaten dieser Personen möglichst rasch in einem Strafverfahren bearbeitet werden. Die Erfahrung zeigt, dass es in der Justiz gegenüber sog. Fußballstraftätern durchaus eine gewisse Nachsicht zu geben scheint. Die GdP empfiehlt daher, die Justiz im Umgang mit

sportspezifischen Kriminalitätsphänomenen zu sensibilisieren.

- Viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen sich in den Einsatzsituationen vielfältigen Beleidigungen aussetzen. Die Gewerkschaft der Polizei vertritt die Auffassung, dass vor allem die Bezeichnung A.C.A.B. oder abgewandelte Formen über den Grad der individuellen Deliktsform der Beleidigung auch einen strafwürdigen kollektiv-beleidigenden Charakter hat. Wir begrüßen die zunehmenden Gerichtsurteile, die verdeutlichen, dass die kollektive Beleidigung einer Berufsgruppe nicht tatenlos hingenommen, sondern strafrechtlich verfolgt wird.
- Die Verwendung von Pyrotechnik innerhalb und außerhalb von Stadien muss verboten bleiben.

GdP-Betreuungseinsätze

Bereits im letzten Jahr haben unsere JUNGE GRUPPE und Seniorengruppe viele Betreuungseinsätze rund um Risikospiele und Großesät-

GLÜCKWÜNSCHE

90. Geburtstag von Karl Hans Meyer



90. Geburtstag von Karl Hans Meyer, seit vielen Jahren treues Mitglied der GdP. Dem rüstigen Kollegen der damaligen Verwaltungspolizei gratulierten am 10. Juni 2016 in seiner Wohnung in Bremen-Findorff der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Bremen, Jochen Kopelke, und der Vorsitzende der Fachgruppe Senioren, Wolfgang Karzenburg. Karl Hans Meyer arbeitete viele Jahre im Ausländeramt, in der zentralen Meldestelle im Polizeihaus und später an den Meldestellen der Reviere 3, 4, 6, 14, 16, 18 und 19. Karl Hans war zunächst Mitglied der ÖTV und trat mit der Gründung der GdP in Bremen dieser bei. 1984 ging er mit 58 Jahren in Rente. Seine guten Erinnerungen über die zurückliegende Dienstzeit versetzten in Erstaunen. Zu seiner Gesundheit meinte Karl Hans: Dem Alter angepasst! Lieber Karl Hans, die GdP wünscht dir weiterhin viel Freude.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



FUSSBALLBUNDESLIGA

ze in Bremen organisiert und durchgeführt. Dabei suchten unsere GdP-Teams das Gespräch zu den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Dies geschah in ihrer Freizeit und im Gedanken an unsere große Gemeinschaft. Auch in der bevorstehenden Saison wird die JUNGE GRUPPE bei Großlagen in Bremen und Bremerhaven Betreuungseinsätze für euch durchführen. Das Ziel ist dabei auch, Verbesserungen bei der Verpflegung oder anderer Probleme im Nachhinein durch unsere GdP bewirken zu können. Wir haben immer ein offenes Ohr für eure Anliegen!

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen eine friedliche Fußballbundesliga-Saison 2016/2017.

Das Positionspapier ist zu finden auf unserer Internetseite www.gdp.de/Bremen.

Wir senden es auf Wunsch auch über unsere Geschäftsstelle per Mail zu.

NEUREGELUNG DES BESOLDUNGSRECHTS

Finanzausschuss stoppt Bremisches Besoldungsgesetz

Stellungnahmen der Gewerkschaften zeigen Wirkung

Noch immer gilt in Bremen das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 31. August 2006. Doch die im Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 vorgesehene Übergangsregelung läuft aus. Daher muss Bremen auch das Besoldungsrecht neu regeln. Dem entsprechenden Gesetzesentwurf wurde jedoch im Haushalts- und Finanzausschuss nicht zugestimmt. Für August ist eine Expertenanhörung vorgesehen, an der die GdP teilnehmen wird. Nachdem die Bremische Bürgerschaft am 21. April 2016 in 1. Lesung den Gesetzesentwurf beschlossen hat und an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss

überwies, rechneten viele damit, dass der Gesetzesentwurf durchgewunken wird und eine schnelle 2. Lesung im Parlament folgen würde. Dies geschah jedoch nicht: Aufgrund der Stellungnahmen der Gewerkschaften, darunter auch die der Gewerkschaft der Polizei (GdP), hielten die Abgeordneten eine Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft für bedenklich. Einstimmig beschlossen die Abgeordneten eine persönliche Anhörung, die für August dieses Jahres vorgesehen ist. An der Expertenanhörung wird die GdP teilnehmen. Aus Sicht der GdP ist dies eine richtige und wichtige Entscheidung des Ausschusses.

JUNGE GRUPPE

Betreuungseinsatz beim Schicksalsspiel

Beim letzten Fußballspiel Werder gegen Eintracht Frankfurt waren ca. 800 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. Die Einsatzkräfte aus Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Bremen erwarteten rund 41 000 Zuschauer im ausverkauften Weserstadion und sorgten mit einer größeren Anzahl von Wasserwerfern sowie einer Reiterstaffel für einen reibungslosen und sicheren Ablauf vor, während und nach dem Spiel.

Die JUNGE GRUPPE Bremen war ebenfalls vor Ort und versorgte die eingesetzten Kräfte mit leckeren Kleinigkeiten. Wir betreuten nicht nur die Kolleginnen und Kollegen im direkten Umfeld des Weserstadions, sondern auch die eingesetzten Kräfte um den Hauptbahnhof, im Viertel, in der Gefangenensammelstelle oder in der Führungsgruppe mit Cola, Fanta, Kaffee, diversen Süßigkeiten, Franzbrötchen und Schoko-Croissants.

Für unser Engagement standen uns zwei Zivilfahrzeuge und ein großzügiges Budget zur Verfügung, um mit zwei Teams die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.



JUNGE GRUPPE-Mitglieder betreuen Einsatzkräfte mit großem Engagement in ihrer Freizeit.

Da es sich um ein „Hochrisikospiegel“ mit erwarteten 400 gewaltbereiten Fans aus Frankfurt und 300 aus Bremen handelte, war eine zunehmend steigende Anspannung der Einsatzkräfte unmittelbar um das Weserstadion zu spüren, sobald sich die ersten größeren Fanmassen über den Osterdeich in das Stadion begaben.

Insgesamt wurde der Betreuungseinsatz der JUNGEN GRUPPE von

acht Studentinnen und Studenten der HfÖV durchgeführt. Daran beteiligt waren **Lennart Nasko, Adriano Grossi, Hauke Sewtz, Kai Bin-nemann, Ingmar Schulze, Sonja Oh-nesorge und Christian Hecker**. Alles in allem auch für die Betreuungsteams ein sehr interessanter Einsatz und eine tolle Erfahrung, die die JUNGE GRUPPE selbstverständlich für EUCH wiederholen wird. **Christian Hecker**



Die Bodycam kommt, kommt nicht, kommt ...?

Die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei (BePo) führte bereits am 11. Juni 2014 eine erste Informationsveranstaltung zum Einsatz der Bodycam durch. Hierzu hat PHK Oliver Heß von der Polizei Hessen eindrucksvoll die Vorzüge und die Technik der Kamera dargestellt und auf die positiven Erfahrungen beim Einschreiten hingewiesen. Nach Aussage des Kollegen Heß sind die Übergriffe auf Polizeibeamte deutlich gesunken.

Aufgrund dieser positiven Effekte hat die GdP Bremen sich frühzeitig positioniert:

- Die Bodycam stellt eine Möglichkeit dar, die gewaltsamen Übergriffe auf Polizeibeamte einzudämmen. In Hessen hat man dies bereits festgestellt.
- Die Bodycam soll abschrecken und einen überwiegend präventiven Charakter haben; die Aufnahmen können aber auch als Beweismittel im Strafverfahren nützlich sein.
- Die Bodycam ist nur ein kleiner Beitrag zur Bekämpfung von Übergriffen auf Polizeibeamte; sie ist nicht das Mittel zur Abschaffung von Gewalt. Wenn technische Hilfsmittel dazu beitragen, die Gewalt gegenüber Polizeibeamte zu reduzieren, sind diese im Sinne der eingesetzten Kollegen anzuschaffen.

In der anfänglichen politischen Diskussion ist teilweise der Eindruck entstanden, dass die Bodycam eher dazu dienen sollte, die Beamten in ihrem Handeln zu überwachen. Davon distanziert sich die GdP deutlich: Die Bodycam ist und bleibt ein technisches Hilfsmittel, welches eine unterstützende und auch schützende Wirkung haben kann.

Daher begrüßt es die GdP, dass nunmehr die Anpassung des Bremischen Polizeigesetzes erfolgt ist und die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen sind. In diesem Zusammenhang sind auch Aufzeichnungen mit Bild und Ton möglich. Den tatsächlichen Einsatz der Kameras möchte die Polizei Bremen zunächst in Form eines Probelaufs überprüfen.

Der Probelauf kommt

Voraussichtlich Ende des dritten Quartals 2016 werden die Züge der Bereitschaftspolizei die Bodycam an bekannten polizeilichen Brennpunkten wie der Discomeile oder der Sielwallkreuzung nutzen. Vom offenen Kameraeinsatz verspricht man sich eine deeskalierende Wirkung beim polizeilichen Gegenüber. Sollte es dennoch zu Straftaten kommen, dienen die Aufnahmen der objektiven Beweissicherung.

Die Bodycam kann auf Kopfdruck für alle Beteiligten sichtbar in besonderen Kontrollsituationen Bild und Ton aufzeichnen. Durch die sogenannte Pre-Recording-Funktion werden 30 Sekunden vor dem Knopf-



Mit Genehmigung der MK-Wirtschaftsdienst GmbH

druck ebenfalls gespeichert. Die eingesetzten Kollegen werden eine Weste tragen, die auf das mögliche Aufzeichnen hinweist.

Polizeiführung und Politik sind gefordert!

Entscheidend für einen positiven Probelauf wird aus Sicht der Fachgruppe BePo sein, dass beim Einsatz der Bodycam nicht die Kontrolle der Kollegen im Vordergrund steht. Die Polizeiführung und die politischen

Vertreter sollten den Kollegen vermitteln, dass die Bodycam ein Hilfsmittel ist, um eine spürbare Senkung von Gewalt- und Beleidigungsdelikten gegen Polizeibeamte herbeizuführen und eine effektivere Beweissicherung bei Straftaten möglich sein könnte.

Bodycam im ESD? Ja!

Aus Sicht der Fachgruppe BePo sollte der Probelauf auch dazu genutzt werden, eine Einsatzmöglichkeit im Einsatzdienst (ESD) festzustellen. Die Funkstreifenwagen im ESD sind in der Regel mit zwei Beamten besetzt. Das vorliegende Konzept zur Bodycam beschreibt, dass ein Team jedoch aus drei Beamten bestehen soll. Daher bleibt die Frage offen, wie ein Einsatz im ESD realisierbar ist. Die Ausweitung des Probelaufs auf den ESD könnte zu ersten nützlichen Erkenntnissen führen.

Die technische Umsetzung und auch die Betreuung werden für die Fachdirektion Zentrale Technische Dienste (ZTD) zu einer Mehrbelastung führen. Diese Mehrbelastung ist abzufangen und nicht auf den bestehenden Personalkörper umzuverteilen. Auch sind die finanziellen Mittel zur Anschaffung und Wartung einer zentralen Serverlösung bereitzustellen.

Sofern im Zuge der Auswertung ein positiver Nutzen – wie bereits in Hessen festgestellt – eintritt, ist auch die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit ein Einsatz im häuslichen Bereich umsetzbar ist. Insbesondere kommt es bei häuslichen Streitereien wiederholt zu Übergriffen auf Polizeibeamte. Hier könnte ebenfalls der Einsatz einer Bodycam deeskalierend wirken. Dazu sind jedoch die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Die Fachgruppe BePo wird den Probelauf positiv, aber auch kritisch begleiten und zeitnah über den Ausgang berichten.

Jens Bley



GdP KÄMPFT FÜR DAS STADTAMT BREMEN

Resolution an Staatsrat übergeben

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtamtes Bremen fordern gemeinsam mit dem Personalrat und der GdP Verbesserungen ein. Der Personalrat und die GdP initiierten eine Unterschriftenaktion für eine Resolution. 327 Unterschriften zählte die Resolution, die am Dienstag an den Staatsrat für Inneres übergeben worden ist.

GdP-Aktion

Montagmorgen, 6 Uhr, baute die GdP-Fachgruppe Stadtamt zusammen mit dem Personalrat des Stadtamtes die Tische für die Unterschriftenaktion in der Stresemannstraße auf. In nur wenigen Minuten waren die ersten hundert Unterschriften eingesammelt. Im Laufe des Tages kamen weitere Unterschriften aus den Bereichen der Bürgerservice-Center, dem Standesamt, den Dienststellen in der Pfalzburger Straße und dem Bremer Norden zusammen. Auch Dienstagmorgen war das Interesse zur Abgabe der eigenen Unterschrift groß. Die Unterschriften der rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtamt waren eingesammelt, es folgte die Übergabe beim **Staatsrat für Inneres, Thomas Ehmke (SPD)**.

Übergabe an den Staatsrat

Die Personalratsvorsitzende **Dörte Scholz**, der Vertreter **Rainer Besser** sowie der GdP-Landesvorsitzende **Jochen Kopelke** überreichten Thomas Ehmke im Juni die eingerahmte Resolution und stiegen sofort in die Details ein. Rund eine Stunde wurde über die derzeitige Situation, Belastung und Probleme offen gesprochen. Staatsrat Ehmke zeigte auf, wie oft in den vergangenen Wochen das Thema Stadtamt die Senatsrunden dominierte und welche Lösungsansätze der Bremer Senat verfolgt.

Aus Sicht der GdP Bremen zeigten der öffentliche Druck und die vielen Aktionen der GdP erste kleine Erfolge. Der Senat behandelt das Stadtamt Bremen mit besonderer Aufmerksamkeit, eine erneute Personalverstärkung ist angedacht. Dennoch gibt sich die GdP nicht damit zufrieden,

dass das Stadtamt mit Übergangslösungen abgespeist werden soll, wenn offensichtlich ist, dass die Probleme und zusätzlichen Aufgaben sich verstetigt haben.

Wir kämpfen weiter für eine spürbare Verbesserung!



Besucherandrang im Stadtamt – Bilder, die es so nicht geben sollte.

Personalrat Stadtamt

Resolution der Beschäftigten zur Rettung des Stadtamtes

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen spart auf Kosten und zulasten von uns Beschäftigten, aber auch der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Er lässt uns schlichtweg im Stich. Die Wut und Ohnmacht der Bevölkerung bekommen wir jeden Tag aufs Neue direkt zu spüren. Wir werden für die Fehler der Senatorin für Finanzen und des Senators für Inneres verantwortlich gemacht und nicht selten von aufgebracht Menschen, deren Anliegen mangels der erforderlichen personellen Kapazitäten wiederholt nicht bearbeitet werden konnten, angepöbelt und beleidigt.

Wir erledigen hier bereits seit Jahrzehnten unsere Hausaufgaben, die dem Amt aus Ergebnissen von vielfältigen Organisationsuntersuchungen auferlegt wurden. Seit Jahren beugen wir uns dem Spardiktat des Senats und haben dadurch notwendige Arbeitskraft im Amt verloren. Das lange vorhersehbare Ergebnis präsentiert sich heute in unzumutbaren Zuständen für uns und die Bürgerinnen und Bürger.

Der Senat reagiert hierauf wieder einmal hilflos und panisch. Mit befristeten Sofortmaßnahmen soll der unausweichliche Kollaps des Stadtamtes abgewendet oder zumindest aufgehalten werden.

Was muss noch geschehen, damit die politisch Verantwortlichen in Bremen endlich aufwachen und verantwortungsbewusst handeln?

Wir fordern den Senat auf:

- **Es muss endlich Schluss sein mit der Personaleinsparungsquote, die das Stadtamt personell ausbluten lässt!**
- **Wir fordern die für unsere Arbeit längst überfälligen 70 neuen Stellen im Personalkern und zwar unbefristet!**
- **Wir fordern eine funktionsfähige, stabile und dem Stand der Technik sowie der zu erledigenden Aufgaben angemessene technische Ausstattung und Unterstützung!**
- **Wir fordern von dem Senat in Bremen ein deutliches, klares Bekenntnis zu einem zukunftsfähigen Stadtamt und zu uns, den Menschen, die hier arbeiten!**

Bremen, den 3. Juni 2016

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtamt



Bürgermeister Dr. Carsten Sieling bei den Senioren

An unserer gut besuchten Versammlung am 9. Juni 2016 im Grollander Krug nahm auch der **Präsident des Senates und Bürgermeister Dr. Carsten Sieling** teil, in Begleitung vom Leiter Referat 22 (ist zuständig u. a. auch für den Bereich Inneres), Herrn **Norbert Schlichting**. Der Bürgermeister war der Einladung des Fachgruppenvorstandes gefolgt und bereit, sich den Fragen zu stellen. Schwerpunktthemen waren u. a. der Entwurf des Bremischen Besoldungsgesetzes mit den vorgesehenen Verschlechterungen für Versorgungsbeamte/-innen, z. B. Kürzung der monatlichen Versorgungsbezüge um 0,4%, mit der neuen Regelung Sterbegeld, für uns ebenfalls eine Verschlechterung. Allerdings wurde dieses Gesetz vom Finanzausschuss gestoppt, die Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft erfolgte nicht. Es wird im August eine Anhörung geben, an der auch die GdP teilnehmen wird.

Der Bürgermeister: „Es war richtig, dass der Haushalts- und Finanzausschuss noch nicht zugestimmt hat!“ Ein weiteres Thema war die inhaltliche und zeitliche Übernahme der Tarifergebnisse auf Beamte und Versorgungsempfänger. Dies muss Standard werden, so der Fachgruppenvorsitzende. Bürgermeister Sieling führte aus, dass es wieder einheitliche Besoldungs- und Versorgungsbezüge geben muss wie vor der Föderalismusreform 2006, dafür werde er sich einsetzen. Zum Thema Altersarmut und der Forderung, keine Absenkung des Rentenniveaus, erklärte der Bürgermeister, dass sich die Bundesregierung des Themas angenommen habe und dass die Forderungen des DGB vollkommen richtig sind.

Ein weiteres Thema war die Stellenzielzahl für die Polizei Bremen. „Wir müssen unsere Aufgaben erfüllen, dazu gehört auch die Innere Sicherheit“, so Bürgermeister Sieling. Wir werden die Anzahl der Stellen um 120 auf 2600 erhöhen. Allerdings stehen die 120 nicht sofort zur Verfügung, sondern erst nach erfolgter Ausbildung.

Zum Thema Stadtamt machte Bürgermeister Sieling klare Aussagen. Er hatte sich Anfang April einen Tag die Arbeit im Stadtamt angesehen, seine

Erkenntnisse: Es müssen organisatorische Veränderungen vorgenommen werden, die zzt. schon in der Planung sind.

Nach seinen Beiträgen musste der Bürgermeister zahlreiche kritische Fragen aus dem Kreis der Teilnehmer beantworten. Hier ging es um Themen wie Reduzierung der KOP-Beamten/-innen (bei Ruhestand kein Ersatz), auch das Thema Überstunden der Aktiven spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die Forderung nach mehr Stellen für die Polizei wurde mehrfach gestellt! Ein weiteres Thema war die lange Bearbeitungszeit der Beihilfe bei Performa-Nord.

Dies will der Bürgermeister prüfen lassen.

Der Hinweis, dass sein Vorgänger auf eine schriftliche Eingabe nicht reagiert hat, will der Bürgermeister ebenfalls prüfen.

Fazit: Die Kolleginnen und Kollegen erhielten aus erster Hand aktuelle Informationen mit Ausblick auf die zukünftige Gestaltung der Polizei. Der Bürgermeister konnte die Stimmungslage der Teilnehmer aufnehmen und seine persönlichen Schlüsse daraus ziehen. Als Fachgruppe Senioren werden wir weiter dafür kämpfen, dass Ungerechtigkeiten verhindert werden.

Wolfgang Karzenburg



Bürgermeister Dr. Carsten Sieling erläutert seine Standpunkte den Senioren.

TAGESSEMINAR

Vorbereitung auf den Ruhestand

Termin: Dienstag, 6. September 2016, 9 Uhr,
Bundeswehr Scharnhorst-Kaserne, Niedersachsendamm, Bremen
Themen dieser Veranstaltung:

- Pensionen und ihre Berechnungen
- Beihilfe/Krankenversicherung im Ruhestand
- Pflegeversicherung
- Allgemeine Fragen des täglichen Lebens für Ruheständler z. B.
- Patienten- und Betreuungsverfügung
- Vorsorgevollmacht

Teilnehmen sollten Kolleginnen/Kollegen, die in Kürze in den Ruhestand gehen bzw. kürzlich in den Ruhestand gegangen sind.

Sonderurlaub kann für dieses Seminar beantragt werden.

Anmeldungen ab sofort – auch für Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven – über die **GdP-Geschäftsstelle:** Telefon (04 21) 9 49 58 53 oder E-Mail: bremen@gdp.de



Fahrzeugmangel in der Ausbildung

In der Ausbildung der Polizei Bremen sollen die Polizeikommissar-Anwärterinnen und anwärter bestmöglich ausgebildet werden, um sie auf den Einsatz vorzubereiten. Allerdings leidet die Ausbildung unter Fahrzeugmangel und kann daher diverse Ausbildungsinhalte den Studierenden nicht vermitteln.

Die rund 80 Auszubildenden des Einstellungsjahrgangs 2014 befinden sich derzeit im Praktikum 3 und bereiten sich auf das Praktikum Schutzpolizei vor, das an den ESD-Standorten durchgeführt wird.

Verbindlich vorgeschriebene Lernziele aus dem Modulhandbuch für den Bachelorstudiengang sind z. B. Verkehrsunfallaufnahme, Zugriff mit mehreren Fahrzeugen und Anhalten aus dem fließenden Verkehr. Sowohl Einsatz- und Praxistrainer als auch Jahrgangsführung mussten ständig und plötzlich ihre Planung komplett umstellen, weil es keine Fahrzeuge gab. Jüngst fielen in einer Studiengruppe drei ganztägige Einsatztrainings und eine Verkehrskontrolle aus, weil keine Fahrzeuge zur Verfügung standen.

Hinzu kommt, dass die angehenden Kolleginnen und Kollegen noch recht jung sind. Sie brauchen also Fahrpraxis und Übung im Verhalten als Polizeibeamter auf der Straße. Neben dem Problem, dass der Mangel an Einsatzfahrzeugen die ganze fachpraktische Ausbildung an den Rand der Absurdität führte, ist es also so, dass Lernziele nicht erreicht werden konnten.

Die Gefahr bestand, dass die Anwärterinnen und Anwärter schlecht vorbereitet ins ESD-Praktikum gehen und, wenn es ganz schlecht läuft, auch eine Gefahr für sich oder ihre Kollegen darstellen. Aufgrund dieses alarmierenden Sachstandes setzte sich der Ausbildungspersonalrat mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Verbindung und erörterte mögliche Maßnahmen. Daraufhin schrieb der Ausbildungspersonalrat der Hochschule für Öffentliche Verwaltung/Polizei Bremen einen Brief an den Polizeivizepräsidenten Herrn Dirk Fasse, in dem die Problematik grob dargestellt und um ein Gespräch ge-

beten wurde. Zwei Delegierte des Ausbildungspersonalrates wurden von Herrn Fasse zu einer Gesprächsrunde, u. a. mit Vertretern des Senator für Inneres, der Bereitschaftspolizei und der Fahrzeugdisposition eingeladen. Dort hatte der Ausbildungspersonalrat die Möglichkeit, die Problematik in der Ausbildung zu schildern.

Zusammenfassend konnte die Fahrzeugsituation dargestellt werden und Herr Fasse gab den Delegierten des Ausbildungspersonalrates Grund zu der Hoffnung, dass sich die Fahrzeugsituation in der Ausbildung zeitnah verbessern und Ausbildungsinhalte entsprechend vermittelt werden könnten. Ab der folgenden Woche standen der Ausbildung ausreichend

Fahrzeuge zur Verfügung, um die entsprechenden Ausbildungsinhalte zu vermitteln.

Langfristig muss in der Polizei und der Politik erkannt werden, dass ein großes Potenzial der Polizei im Nachwuchs liegt. Wenn von unten keine gut ausgebildeten Kollegen hochwachsen, kann im täglichen Dienst keine gute Arbeit geleistet werden.

Wir freuen uns über die relativ hohen Einstellungszahlen, darunter darf allerdings nicht die Ausbildung leiden. Es ist zwingend notwendig, dass für die Ausbildung auch ausreichend Fahrzeuge, Funkgeräte, vernetzte PC-Arbeitsplätze, Räumlichkeiten und alle anderen Führungs- und Einsatzmittel zur Verfügung stehen.

Alexander Blau, Lennart Nasko

EINLADUNG DER LANDESFRAUENGRUPPE

Summerspecial am 12. August

Zum 5. Mal findet diese besondere Veranstaltung der Landesfrauengruppe statt. Was am Anfang einfach ein Versuch war, Kolleginnen die Vielfalt der Tätigkeiten innerhalb der Polizei näherzubringen, ist inzwischen ein fester Bestandteil in der Sommerzeit geworden.

Auch in diesem Jahr haben wir einen ganz besonderen Gast. **Sabine Brunstein**, eine Kollegin des Einsatzdienstes, wird über ihre Auslandseinsätze berichten.

Bereits im Vorgespräch kam ich aus dem Staunen nicht heraus. Ich weiß zwar, dass Polizistinnen und Polizisten alles können, aber das ist einfach noch mal eine Stufe höher. Sabine war im Kosovo für die UN und in Georgien für die EU. Die Unterschiede dieser beiden Missionen sind immens.

Was veranlasst eine Frau, diesen Job für einen gewissen Zeitraum auszuüben?

- Ist es der höhere Verdienst?
- Ist es ein Karrierebaustein?
- Ist es der Reiz, fremde Länder und Menschen kennenzulernen?

Das waren meine ersten Fragen. Die Antworten haben mich mehr als erstaunt. Doch ich will nichts verraten. Nur so viel, es war spannend vom ersten Augenblick an, und ich habe sehr viel dazu gelernt.

Ihr habt am

**Freitag, 12. August 2016, 16 Uhr,
27711 Heilshorn, Heidhofweg 15**

die Chance, Sabines Vortrag zu hören und sie mit Fragen zu bombardieren.

Jedoch dieses ist nicht alles, was euch erwartet. Natürlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt. Angesagt sind Kaffee und Kuchen und anschließendes Grillen. Die Kosten werden von der Landesfrauengruppe übernommen.

Wegen einer optimalen Planbarkeit wäre es super, wenn ihr euch bei Ronda Jütting, Tel. (04 21) 36 21 20 16, Gaby Kudlik, Tel. (04 21) 36 21 21 05, Nicole Füllmich-Penshorn, Tel. (04 71) 9 53 10 25 oder bei mir (0 47 95) 4 22 anmelden würdet.

Wir freuen uns auf euch. Natürlich könnt ihr eure Kinder mitbringen.

**Siggi Holschen,
Landesfrauengruppe**





Mit unseren neuen O2-Angeboten schneller durchs Netz...

...mit Deinem Wunsch-Handy



On Business L

Telefonieren & SMS

- Flatrate ins dt. Festnetz
- Flatrate in alle dt. Mobilfunknetze
- kostenlose Mailboxabfrage
- Flatrate EU-Roaming Gespräche
- Gespräche ins europäische Ausland und Türkei: **90 Minuten inklusive** danach 0,72 Euro/Min..
- **1.000 SMS inklusive**

Surfen

- Datenvolumen bis **5 GB** volles Highspeed-Volumen
- Geschwindigkeit: LTE 4G mit **50 MBit/s**
- Datenvolumen in EU: **1 GB**
- **inklusive 2. SIM-Karte**
- Anschlussgebühr: **0,00 Euro**
- Netz: O₂

nur Tarif monatl.
23,21 €



Wähle Deins!

Frage uns nach Deinem Wunsch-Handy oder -Tablet, z. B.:

Samsung Galaxy S7 32 GB

Einmalige Zuzahlung: **149,99 Euro**

iPhone 6S 16 GB

Einmalige Zuzahlung: **141,61 Euro**

Sony Xperia Z5

Einmalige Zuzahlung: **109,99 Euro**

iPad Air 2 64 GB

Einmalige Zuzahlung: **149,99 Euro**



monatl. Zuzahlung
26,18 €

Weitere Tarife:
On Business M
On Business XL

Schaut auf unsere Webseite oder in die nächsten Ausgaben Deutsche Polizei!

